

**Sie möchten inserieren?**

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Eidgenössische Politik**

Bewahren, was wir lieben?  
von David Vogelsanger

Seite 2

**Kanton Zürich**

Profilierungsmorgen im Kantonsrat  
von Andreas Keiser

Seite 3

**Aktuell**

Offener Schlagabtausch in Marthalen  
von Roland Müller

Seite 5

**Parlamentsgemeinden**

SVP Dübendorf lanciert Volksinitiative  
von Orlando Wyss

Seite 6

**Veranstaltungs-Tipp**

Info-Veranstaltung am 28. Mai in Uster

Seite 5

ABSTIMMUNG VOM 14. JUNI 2026

## Die Gegner sind faktenfrei unterwegs

Warum wir am 14. Juni die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» unterstützen müssen.

Unsere Heimat platzt aus allen Nähten: Die Züge sind überfüllt, die Mieten explodieren, die Autos stehen still und die Natur wird unaufhaltsam zubetoniert. Trotz dieser unübersehbaren Missstände rennen die Gegner der Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»

«Die Stimmcouverts sind eingetroffen, jetzt abstimmen!»

ideologisch blind in Richtung Abgrund. Und weil sie sachlich schlicht keine Argumente haben, greifen sie tief in die Kiste der reinsten Angstmacherei und der Fake News.

Man will uns weismachen, dass bei einem JA am 14. Juni das absolute Chaos droht. Doch das Gegenteil ist wahr: Das Chaos haben wir wegen der unkontrollierten Massenzuwanderung bereits heute. Die Gegner drohen mit absurden Horrorszenarien und betreiben das Geschäft mit der Angst. Sie behaupten, dass ohne Zuwanderung niemand mehr unsere älteren und kranken Mitmenschen pflegen werde – als wäre die Schweiz vor der Massenzuwanderung



**Thomas Matter**  
Nationalrat SVP  
Meilen

in Sachen Gesundheitsversorgung ein Entwicklungsland gewesen. Zudem haben fast 97 Prozent der Zuwanderer mit unserem Gesundheitswesen nichts zu tun. Auch musste Radio SRF kürzlich bekanntgeben: «Die Arbeitslosigkeit ist mit drei Prozent immer noch höher als im langjährigen Durchschnitt – selbst in Branchen mit Fachkräftemangel wie dem Gesundheitswesen.»

**Doppelte Arbeitslosigkeit bei Ausländern**

Die Zuwanderungs-Lobbyisten behaupten ungeniert, wir bräuchten dringend ausländische Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Wer jedoch genau hinschaut, sieht die bittere Realität auf dem Arbeitsmarkt. Ausländer weisen eine massiv höhere Arbeitslosenquote auf als Schweizer – oftmals mehr als das Doppelte. Bezüglich Gastronomie wird dennoch behauptet: Ohne Zuwanderung im

«Mobilisieren Sie Familie, Freunde und Nachbarn für ein JA!»

bisherigen Ausmass müssten Restaurants und Hotels massenweise schliessen, und es komme kein Menü und keine Stange Bier mehr auf den Tisch. In Wahrheit lag die Arbeitslosigkeit der Schweizer in der Gastronomie im letzten Monat bei 3,8 Prozent. Bei den hier lebenden Ausländern sind es sogar 9,3 Prozent. Doch statt diese zu be-

schäftigen, holt man einfach immer noch mehr Personal von aussen ins Land.

Neuerdings hat eine vom Departement von SP-Bundesrat Beat Jans in Auftrag gegebene Studie errechnet, dass die AHV bei Annahme der Initiative ein jährliches Finanzierungsloch von knapp sechs Milliarden Franken aufweise – und dies ab dem Jahr 2027! Man glaubt in Bern offenbar an ein Schneeballsystem, wonach die zuwan-

«Sagen wir gemeinsam JA zur Nachhaltigkeits-Initiative!»

dernden AHV-Beitragszahler, wenn sie ins AHV-Alter kommen, einfach durch neue Millionen von zuwandernden Zahlern finanziert werden. Dabei verbietet unser Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) solche Schneeballsysteme strikt. Dennoch wird uns vorgerechnet, dass die AHV ohne immer neue Arbeitskräfte kollabiert. Das ist eine unsinnige Milchmädchenrechnung. Die Zuwanderer von heute sind die Rentner von morgen. Wer dieses Schneeballsystem füttert, verschiebt das Problem nur und vergrössert den Kollaps der Sozialwerke in der Zukunft.

**Deckelung ist nichts Schlechtes**

Die masslose Zuwanderung ist eine Dauerspirale ohne Ende: Mehr Menschen brauchen mehr Spitäler, mehr Schulen, mehr Wohnungen und mehr Strassen.

Das Abstimmungsergebnis wird knapp werden, es braucht jede JA-Stimme. Also jetzt Nachbarn, Freunde und Familie motivieren, damit das JA am 14. Juni Wirklichkeit wird.

Bild: zVg

Um diese zu bauen, braucht es wiederum noch mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland. Dieser unvernünftige Kreislauf zerstört unsere Lebensqualität. Wir brauchen deshalb – wenn der Bundesrat nicht vorher handelt – bei der Be-

«Das Abstimmungsergebnis wird knapp ausfallen, es braucht jede JA-Stimme.»

völkerungsentwicklung ein Instrument, das in anderen Kernbereichen unseres Staates längst hervorragend funktioniert, nämlich einen Deckel. Zwar wird dieser von den Initiativgegnern pausenlos schlechtgeredet. Dabei ist ein Deckel nicht einfach schlecht. Ohne Deckelung der Steuerbelastung in der

Verfassung, etwa bei der Mehrwertsteuer, würden die Bürger vom Staat noch viel unverschämter abgezockt. Und ohne Deckelung durch die Schuldenbremse würde sich der Staat auf Kosten der künftigen Generationen noch viel dramatischer verschulden.

Warum also soll ausgerechnet das Wachstum unseres extrem begrenzten Lebensraums grenzenlos bleiben? Die Initiative fordert folgerichtig, dass die ständige Wohnbevölkerung vor dem Jahr 2050 die Grenze von 10 Millionen Menschen nicht überschreiten darf. Das ist keine «Chaos-Initiative», sondern schlicht gelebte Vernunft, finanzpolitische Logik und der Schutz unserer Heimat. Sagen wir JA zur Nachhaltigkeits-Initiative und setzen wir der masselosen Einwanderung endlich eine klare, verfassungsmässige Grenze!

**Faire Chance auf Wohneigentum**  
Für unsere Enkel

→ JA zur Wohneigentums-Initiative

14. Juni 2026  
chance-wohneigentum.ch



Christoph  
Mörgeli

## «Gepflegte Debattenkultur»

Wer den heutigen Zustand der Schweizer Medienlandschaft verstehen will, muss sich mit dem Abgang des Bundeshaus-Chefs Fabian Schäfer bei der «NZZ» befassen. Denn Schäfer – ein Euro-Turbo der obersten Hubraumklasse – hat sein Blatt verlassen, weil Dominik Feusi vom «Nebelspalter» zur «NZZ» wechselte. Dabei geht Feusi noch nicht einmal zur Inland-, sondern zur Wirtschaftsredaktion. Aber sogar das ist für Fabian Schäfer zu viel. Er will nicht mit einem angeblichen Rechtsausleger unter dem gleichen Dach zusammenarbeiten. Richtig ist, dass Dominik Feusi bezüglich EU-Anbindungsvertrag sehr kritisch eingestellt ist. Fabian Schäfer indessen hat in der «NZZ» – als der Vertragstext noch kaum bekannt war – schon getitelt: «Die Schweiz sollte es wagen». Richtig ist aber auch, dass Feusi ein FDP-Mitglied ist, das längere Zeit beim «Nebelspalter» unter einem FDP-Chefredaktor gearbeitet hat. Und richtig ist schliesslich, dass die jeweils neu eingetragenen Aktiönäre der «NZZ» keiner anderen Partei angehören dürfen als der FDP. Die Liberalen.

Noch bevor Feusi seine Stelle angetreten hat, entflieht Schäfer zur Bundeshausredaktion von «CH Media». Das sagt einiges über das schwache Nervenkostüm und erst recht über den Umgang mit anderen Meinungen durch den EU-Fan Fabian Schäfer. Dabei lautet das erklärte Credo der «NZZ»-Redaktion: «Eine gepflegte Debattenkultur ist wichtig.» Das Verhalten Schäfers indessen ist weder gepflegt noch Ausdruck irgendeiner Debattenkultur. Journalist Schäfer hat sein Restleben bei der «NZZ» einem einzigen Ziel gewidmet: dem Abschluss der Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Dabei ist er sich nicht zu schade, seitenlang ein erbärmliches Gefälligkeitsgutachten aus dem Departement des Abstimmungskämpfers Beat Jans auszubreiten. Das fast nur dem Basler SP-Bundesrat bekannte Basler Büro «Demografik» (gegründet 2019) rühmt sich seiner «kreativen Ansätze» und porträtiert im «Team» neben ein paar Menschen auch die Hündin Kami («Good Girl»). Noch ist offen, ob sich auch das Schweizer Volk an der Leine führen lässt.

JA ZUR NACHHALTIGKEITS-INITIATIVE AM 14. JUNI

## Bewahren, was wir lieben!

Das steht in allen Landessprachen auf den Schweizer Fahnen, die für die Nachhaltigkeits-Initiative werben. Und darum geht es: nicht um eine Partei, nicht um materielle Dinge, sondern um sehr viel mehr – um unser Land, das wir lieben und darum erhalten wollen.



David Vogelsanger  
Vizepräsident SVP  
Bezirk Affoltern  
Kappel am Albis

Die Masseneinwanderung ist daran, unser Land zu zerstören. Wir erleben es alle. Jeden Tag wird ein halber Bauernhof zubetoniert. Im öffentlichen Verkehr findet man keinen Platz, die Strassen sind verstopft, man findet keine Wohnung oder bezahlt exorbitante Mieten. Dem zunehmenden Strombedarf will man mit mehr Naturzerstörung wie riesigen Windturbinen im Wald oder neuen überirdischen Hochspannungsleitungen begegnen (nachdem man eben

viele unter den Boden gelegt hat). Man wird im eigenen Land auf Hochdeutsch oder Englisch angequatscht, alles wird immer teurer. Die enormen Fortschritte der letzten zwanzig Jahre in Bezug auf die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses pro Kopf werden pulverisiert.

**Bundesrat ignoriert die Verfassung**  
Der Grund für all das ist einfach zu nennen: die unkontrollierte Masseneinwanderung, seit sich das Schweizer Volk vor 26 Jahren die Personenfreizügigkeit mit der EU hat aufschwätzen lassen. 8000 bis 10 000 zusätzliche Einwanderer sollten per Saldo im Jahr kommen, sagte der Bundesrat. In Wahrheit ist es das Zehnfache! Zwei Millionen mehr Leute als damals sind jetzt in der Schweiz, 800 000 wurden einge-

bürgert, unter ihnen viele, die weder unsere Traditionen noch unser weltweit einmaliges direkt-demokratisches System verinnerlicht haben.

Angesichts dieser schlechten Entwicklungen haben Volk und Stände schon 2014 in die Verfassung geschrieben, dass sie die Einwanderung wieder selbstständig regeln wollen, und zwar mit Höchstzahlen und Kontingenten und einer Beschränkung des Familiennachzugs und der Sozialleistungen. Keine Rede vom Verbot jeder Einwanderung, sondern kluge Beschränkung. Diese klare Verfassungsbestimmung ist von Bundesrat und Parlament ignoriert worden. Es sind weiter Hunderttausende eingewandert. Die Behörden hätten es also nicht nur in der Hand gehabt, sondern hatten seit zwölf Jahren einen klaren Auftrag, zu handeln. Aus Angst vor der EU haben die Höseler es nicht getan.

### Grobe Unwahrheiten von den Gegnern

Jetzt isch gnueg Heu dune! Wir sind es dem Land und künftigen Generationen schuldig. Die Bevölkerung von schon jetzt über neun Millionen darf vor 2050 zehn Millionen nicht überschreiten. Massnahmen sind schon vorher zu ergreifen, aber die Personenfreizügigkeit, die so viel Unerfreuliches gebracht hat, ist zu kündigen, falls die zehn Millionen überschritten sind.

Die Gegenseite im Abstimmungskampf operiert massiv mit Unwahrheiten und einem so noch nie dagewesenen Millionenbudget. Kein einziger Ausländer, der sich jetzt legal im Land aufhält, müsste die Schweiz je wegen dieser neuen Verfassungsbestimmung verlassen. Der Vorwurf der Ausländer-

feindlichkeit ist nicht nur absurd, sondern auch sehr viele Zuwanderer teilen die Sorge um die Zerstörung ihrer neuen Heimat. Wenn Bundesrat Jans behauptet, bei einer Annahme der Initiative müssten Spitäler und Pflegeheime wegen Personalmangels schliessen, ist das gelogen. Die Schweiz ist selbst

«Jetzt isch gnueg Heu dune, darum JA zur Nachhaltigkeits-Initiative am 14. Juni!»

bei einer allfälligen Kündigung der Personenfreizügigkeit nach 2050 (!) völlig frei, die Fachkräfte zu holen, die sie braucht. Diese kommen, weil sie in der Schweiz massiv mehr verdienen, nicht wegen eines Vertrags mit der EU.

### Handeln, bevor es zu spät ist

Was sich aber ändern würde, ist die Verdrängung anständig bezahlter schweizerischer Fachleute in die vorzeitige Pensionierung oder gar in die Arbeitslosigkeit und ihr Ersatz durch billigere Ausländer. Dem wollen wir ein Ende setzen! Die Nachhaltigkeits-Initiative wird bekämpft von denjenigen Grossunternehmen, die nur an ihren Geldsack denken und von economiesuisse vertreten werden, sowie von den Parteien von Linksextrem bis zur FDP, die am liebsten offene Grenzen für die halbe oder die ganze Welt hätten und es gut finden und teilweise auch massiv daran verdienen, wenn Hunderttausende von unechten Flüchtlingen dem Rechtsstaat weiter eine Nase drehen dürfen. Die Gegner der Initiative sprechen von der «Chaos-Initiative». Gar nicht zu Unrecht, denn sie will dem heutigen Chaos, das genau diese Leute seit Jahrzehnten verantworten, endlich ein Ende machen.



JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Zuwanderung. Bild: IG Nachhaltigkeits-Initiative

### UKRAINER IN DER SOZIALHILFE

## Massive Mehrkosten für unsere Gemeinden

Schweizer Gemeinden müssen ab 2027 die Sozialhilfekosten für Tausende «Schutzbedürftige» neu übernehmen. Sie fühlen sich vom Bund schlichtweg im Stich gelassen.



Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär SVP  
Pfäffikon ZH

Nach fünf Jahren des umstrittenen Schutzstatus S haben Flüchtlinge aus der Ukraine Anspruch auf Sozialhilfe wie Schweizerinnen und Schweizer.

### Zusätzliche Kosten für 27 500 Personen

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) erwartet, dass ab 2027 schweizweit rund 27 500 Personen zusätzlich und vollständig von Kantonen und Gemeinden finanziert werden müssen. Der Bund übernimmt entgegen ursprünglicher Pläne keine Hälfte der Kosten – Kantone und Gemeinden tragen die Last allein.

### Massive Steuererhöhungen wegen Ukraine

Heinz Keller, parteiloser Gemeindepräsident von Kradolff-Schönenberg TG, rechnet gemäss «Blick» für 22 Personen mit Mehrkosten bis 250 000 Franken. Dafür müsste die 4000-Einwohner-Gemeinde die Steuern theoretisch um 2,5 Prozent anheben.

### Keine Übersicht

Das von Bundesrat Beat Jans geführte Justizdepartement prüft deshalb aktuell, die Gleichstellung von Schutzbedürftigen mit B-Bewilligung und Schweizerinnen und Schweizern aufzuheben. Das hatte die nationale SVP-Fraktion in Bern bereits seit Langem gefordert.

Nun fehlt vollkommen die Übersicht, was da Jahr für Jahr auf die Gemeinden zukommen wird.

### Automatische Aufenthaltsbewilligung

Nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs aktivierte der Bundesrat erstmals den «Schutzstatus S». Flüchtlinge aus der Ukraine erhielten damit ein Aufenthaltsrecht, ohne je ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen zu haben.

Nach fünf Jahren haben sie nun automatisch Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung B und können Sozialhilfe wie Schweizerinnen und Schweizer beziehen. Bis zu 46 000 «Schutzbedürftige» erfüllen im Laufe des Jahres 2027 die Voraussetzungen, wie der «Blick»

unter Bezug auf Daten des Bundes berichtete.

### Kostenschock für die Gemeinden

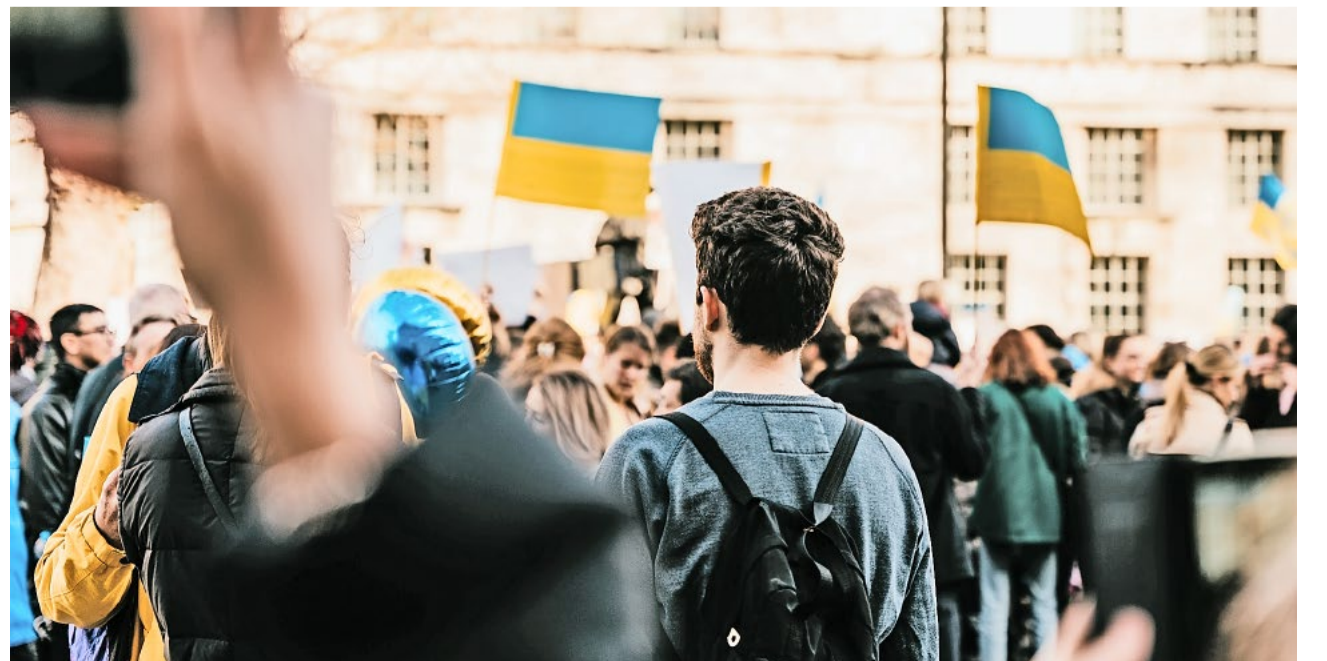
Damit droht der Kostenschock für die Gemeinden. Denn der Bund übernimmt nicht wie ursprünglich geplant die Hälfte der Sozialhilfekosten. Je nach Kanton muss die Gemeinde oder der Kanton für die Kosten aufkommen. Der «Blick» zitiert Markus Kaufmann, Geschäftsführer der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, der mit Zusatzkosten von über 300 Millionen Franken für die Kantone und Gemeinden rechnet.

Gemeindepräsident Keller zeigt sich enttäuscht vom Bundesrat. «Man lässt uns einfach hängen.» Man habe die Geflüchteten aus der Ukraine in gutem

Glauben aufgenommen, dass der Schutz befristet sei. «Jetzt werden wir über den Tisch gezogen.»

### Gleichstellung mit Sozialhilfe aufheben

«Die Gleichstellung in der Sozialhilfe hätte schon längst aufgehoben werden müssen. Wir fordern das schon seit Jahren», so SVP-Nationalrat Pascal Schmid. Die Anpassung müsse aber weitergehen, findet er. Der automatische Wechsel zu einer befristeten Aufenthaltsbewilligung sei das Kernproblem: Mit einem Härtefallgesuch könne dann vereinfacht zu einer permanenten Aufenthaltsbewilligung gewechselt werden, obwohl der Schutzstatus gemäss Versprechen des Bundesrats rückkehrorientiert sei. Die SVP hat deshalb einen weiteren Vorstoss eingereicht, der den Wechsel zur B-Bewilligung verhindern will.



Kostenschock für die Gemeinden; sie fühlen sich vom Bund schlichtweg im Stich gelassen.

Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

## Profilierungsmorgen im Kantonsrat

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 18. Mai 2026 zeigen einmal mehr die unterschiedlichen politischen Prioritäten im Kanton Zürich. Vorstösse rund um Biodiversität, Begrünung entlang von Verkehrsflächen oder die Förderung einzelner Bienenarten zeigen zudem, wie stark sich die Politik zunehmend mit Detailfragen beschäftigt – während zentrale Anliegen für effizientere Baubewilligungsverfahren oder die ökologische Produktion regionaler Lebensmittel abgelehnt werden.



**Andreas Keiser**  
Kantonsrat SVP  
Glattfelden

Der Kantonsrat hat sich zunächst ohne Gegenantrag für das neue und – man staune – schlanke Gesetz über die Bereitstellung von Grundstück- und Gebäudedaten (GBGG) ausgesprochen. Das Gesetz ermöglicht, gebäude- und grundstücksbezogene Daten auf einer zentralen Onlineplattform bereitzustellen, und

unterstützt damit die vollständige Digitalisierung der damit verbundenen Prozesse.

Für ein kleines Gelächter im Ratssaal sorgte allerdings der GLP-Vertreter, der sein Votum wie folgt einleitete: Wir Grünen – ääh wir Grünliberalen – unterstützen diese Vorlage [...]. Die GLP – im Zweifel leider mehr grün als liberal – Freudscher Versprecher oder Offenbarungseid der GLP?

### Teuer, teurer, Veloweg

«Wegen fehlender Veloinfrastruktur ist im kantonalen Velonetzplan eine Schwachstelle ausgewiesen» – so lautet

es im Bericht des Regierungsrates. Also investiert der Kanton erneut 7,5 Millionen Franken für verschiedene Verkehrsprojekte in Dübendorf, insbesondere auch stark in Veloinfrastruktur und Busbevorzugung. Im Vergleich handelt es sich bei diesem Veloweg um den teuersten der letzten Jahre, nur gerade der Veloweg in Dürnten ist mit 4300 Franken pro Meter etwas günstiger als das vorliegende Bauprojekt mit 4480 Franken pro Meter. Auch die SVP/EDU-Fraktion hat sich schlussendlich entschieden, dem Objektkredit zuzustimmen, weil sehr viele Beteiligte mit diversen Teilprojekten in dieses Projekt eingebunden sind, die schon längere Zeit auf die Umsetzung warten.

### Masslose Zuwanderung strapaziert alles

Ein Postulat von EDU, SP, GLP, Grünen, EVP und AL betreffend «Mehr Biodiversität entlang von Velowegen, Strassenbegleitflächen und Lärmschutzwänden» hat um das Aufzeigen von Biodiversitätsmassnahmen entlang von Verkehrsflächen ersucht. Kantonsrat Markus Bopp hat die Gelegenheit genutzt und in diesem Zusammenhang auch über «dumme Menschen» gesprochen. Nämlich über diejenigen, die ihren Abfall einfach aus dem Auto in die Landwirtschaftsflächen werfen, der dann von den Bauern tonnenweise eingesammelt und entsorgt werden muss. Littering sei ein totales Ärgernis und ein riesiges Problem, weshalb er stellvertretend für die Landwirtschaft Bereitschaft signalisiert hat, die Littering-Bussen markant zu erhöhen oder andere Lösungsvorschläge zu diskutieren.

Äs schläckt kei Geiss weg: Der Verlust von Biodiversität oder die Zubetonierung von Grünflächen ist auch eine direkte Auswirkung des masslosen Wachstums durch die unkontrollierte Zuwanderung. Wird der Boden überbaut, verliert er seine Durchlässigkeit für Wasser und Luft. Dadurch büsst er seine ökologische Funktion ein: Pflanzen können nicht mehr wachsen, die Biodiversität verschwindet, die Natur leidet. Auch darum braucht es die Nachhaltigkeits-Initiative gegen eine 10-Millionen-Schweiz.

Wer die Schweiz und unsere Natur liebt, stimmt am 14. Juni unbedingt JA zur Nachhaltigkeits-Initiative!

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Nur die SVP macht konsequente Politik!



**Domenik Ledergerber**  
Kantonsrat SVP  
Herrliberg

Im Zürcher Kantonsrat zeigte sich diese Woche einmal mehr deutlich: Nur die SVP steht konsequent für Lösungen ein, die unseren Kanton voranbringen. Konkret ging es um die dringend notwendige Beschleunigung der Baubewilligungsverfahren. Die SVP hat gemeinsam mit der FDP gefordert, die Fristen von vier auf drei Monate zu verkürzen, damit schneller gebaut werden kann und mehr Wohnraum entsteht.

Das Handlungsbedarfe besteht, ist offensichtlich – auch der Regierungsrat unterstützt unseren Vorschlag. Die Realität ist klar: Wir haben zu wenig Wohnungen, weil die Nachfrage das Angebot längst übersteigt. Zu viele Vorschriften, komplizierte Gesetze und überlange Verfahren verhindern dringend benötigten Wohnraum.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der Partei «Die Mitte» diese Woche im Kantonsrat. Glaubt man den Aussagen ihrer Präsidentin und Kantonsrätin Tina Deplazes, müsste sie eigentlich voll hinter einer Beschleunigung der Verfahren stehen. Noch am 10. April 2026 sagte sie in der SRF Arena: «Warum haben wir zu wenige miet-

bare Wohnungen? Das liegt daran, dass wir zu wenig bauen. Wir haben zu viele Vorschriften, zu komplizierte Gesetze, das Bauverfahren dauert viel zu lange.»

Doch was macht Die Mitte heute im Kantonsrat? Sie stellt sich auf die Seite von Linksrün und weigert sich, die Fristen für Baubewilligungsverfahren zu verkürzen. Genau hier zeigt sich das Problem dieser Partei: grosse Worte, aber keine Taten. Auf Die Mitte ist kein Verlass.

Dabei sind kurze und effiziente Baubewilligungsverfahren ein entscheidender Standortvorteil für unser Gewerbe und für Bauherren. Geht es schneller, entsteht auch schneller dringend benötigter Wohnraum. Dank der Digitalisierung verfügen die Behörden längst über die nötigen Instrumente, um Verfahren effizienter zu bearbeiten. Auch die Regierung anerkennt dies ausdrücklich.

Doch sobald konkrete Massnahmen auf dem Tisch liegen, knickt Die Mitte ein. Sie trägt damit Mitverantwortung dafür, dass der Druck auf dem Wohnungsmarkt bestehen bleibt. Gleichzeitig weigert sie sich, wirksame Lösungen gegen die masslose Zuwanderung zu unterstützen. Wer jedes Jahr 100 000 zusätzliche Menschen ins Land lässt, darf sich über steigende Mieten und fehlende Wohnungen nicht wundern.

Darum braucht es am 14. Juni dringend ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Die SVP bleibt die einzige Partei, die konsequent handelt statt nur zu reden.

SICHERHEITSKONTROLLE IM ZÜRCHER KANTONS RAT

## 25 Jahre im Dienst

Heute nahm der Parlamentsbetrieb Abschied von einer Persönlichkeit, die während eines Vierteljahrhunderts zu seinem vertrauten Gesicht geworden ist.

svp. Kantonsratspräsidentin Romaine Rogenmoser würdigte die Kantonspolizistin Monika Honegger, die am vergangenen Montag ihren letzten Einsatz im Zürcher Kantonsrat leistete.

Seit der Einführung des Polizeieinsatzes nach dem Zuger Attentat vor 25 Jahren stand Monika Honegger gemeinsam mit ihrem Kollegen Hanspeter Blaser am Besuchereingang im Dienst. Unzählige Gäste hat sie seither empfangen, überprüft und mit ihrer ruhigen, freundlichen und zugleich bestimmten Art durch den Sicherheitsprozess begleitet.

Ihr Weg führte sie durch drei Standorte: das alte Rathaus, die Oerliker Messhalle und zuletzt das Rathaus Hard. Obwohl ihr das alte Rathaus stets am meisten am Herzen lag, verriet sie dies nie – an jedem Ort erfüllte sie ihre Aufgabe mit derselben Professionalität und Herzlichkeit.

Zum Abschied dankte Romaine Rogenmoser Monika Honegger im Namen

des gesamten Kantonsrates von Herzen und überreichte ihr ein Präsidialgeschenk, das sie an ihre langjährige, wertvolle Arbeit für den Zürcher Kantonsrat erinnern soll.



**Romaine Rogenmoser verabschiedet Kantonspolizistin Monika Honegger in den wohlverdienten Ruhestand.**

Bild: Kantonsrätin Jacqueline Hofer



Weggeworfene Dosen oder Plastik gelangen ins Futter. Spitze Metallteile (z. B. Alu) können bei Kühen tödliche Verletzungen auslösen. Bild: Zürcher Bauernverband

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER WAHLKOMMISSION

## Mut zu den richtigen Lösungen

Mit Fake-News und dem Schüren von Ängsten bekämpfen aktuell Politiker bis weit ins bürgerliche Lager die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Sie verkennen, dass nur eine gesteuerte Zuwanderung die grössten Probleme unseres Landes löst.

In Zeiten derart massiv gestreuter Fehlinformationen braucht es Courage, für unsere Initiative einzutreten. Da den Mitgliedern der SVP aber bewusst ist, wie wichtig diese Abstimmung für die Zukunft der Schweiz ist, organisieren sie Standaktionen und weitere Veranstaltungen, hängen Fahnen auf und stellen Plakate.

### Richtungsweisende Entscheidungen

Die Umfragen zeigen es: Weit über unserem Wähleranteil findet die Initiative Zustimmung. Da aber schlussendlich das Endresultat und nicht die Umfragen massgeblich sind, ist unser voller Einsatz bis am 14. Juni 2026 gefragt.

Bei den vergangenen Wahlen hat die Bevölkerung in vielen Gemeinden und in allen grossen Städten die Politik der SVP gestützt. Es wird breit anerkannt, dass unsere Lösungen die richtigen sind. Diesen Schwung aus den Wahlen müssen wir mitnehmen. Zu viele existenzielle Fragen kommen in nächster Zeit auf uns zu: Angefangen mit der Nachhaltigkeits-Initiative, weiter mit den Kantonsrats- und Regierungswahlen bis hin zu den Nationalrats- und Ständeratswahlen 2027. Auch der Abstimmungskampf gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, bei dem sich die meisten Parteien gegen die Mitsprache der Kantone, das Ständemehr, wehren, steht bevor.

### Mit unseren Lösungen überzeugen

Mit dem Wahlerfolg kommt auch die Verantwortung. Die Bevölkerung zählt auf uns, dass wir uns ohne Wenn und Aber für ihre Anliegen – eine freie, selbstbestimmte und unabhängige

Schweiz – einsetzen. Dessen müssen sich die Gewählten in den Gemeindebehörden bewusst sein.

In den nächsten Monaten werden dann auch in den Bezirken die Kantonsratskandidaten nominiert. Diese Kandidatinnen und Kandidaten müssen sich ebenfalls dieser Verantwortung und Erwartung bewusst sein. Dafür dürfen sie sich auf den Wahlkampf freuen, ist der Wahlkampf doch das Highlight der Legislatur. Diese Zeit gibt der Partei und ihren Exponenten die Möglichkeit, die Unterschiede zwischen der SVP und den anderen Parteien aufzuzeigen und mit unseren Lösungen zu überzeugen.



von **Patrick Walder**

Unterwerfen – Bezahlen –  
Nichts mehr zu sagen haben!

Der EU-Unterwerfungsvertrag betrifft auch Sie.

Es informiert:  
**Barbara Steinemann**  
Nationalrat

Es informiert:  
**Ueli Maurer**  
alt Bundesrat

**Einladung zur öffentlichen Informations-Veranstaltung**

**Wo:** Mehlhüsli, Stationsstrasse 1, Seuzach

**Wann:** Samstag, 6. Juni 13-16 Uhr

unterwerfungsvertrag.ch

SVP Seuzach-Ohringen

Komitee  
**NEIN** zum  
EU-Unterwerfungsvertrag!

ABSTIMMUNG VOM 14. JUNI 2026 IN DER STADT ZÜRICH

## JA zum Parkplatz-Kompromiss

Mit der Volksinitiative «JA zum fairen Parkplatz-Kompromiss» entscheidet die Stadt Zürich über die Zukunft ihrer Verkehrspolitik. Es geht um Erreichbarkeit, Gewerbe und eine vernünftige Mobilität für alle.



**Samuel Balsiger**  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Am 14. Juni (in rund drei Wochen!) kommen historisch wichtige Vorlagen zur Abstimmung. Auf nationaler Ebene ist es die Nachhaltigkeits-Initiative («Keine

10-Millionen-Schweiz!»). Es ist die letzte Möglichkeit, unser Land zu erhalten. Verlieren wir diese Abstimmung, geht die Schweiz durch die masslose Zuwanderung kaputt. Wir wollen aber bewahren, was wir lieben. Deshalb müssen wir alles daransetzen, damit wir gewinnen.

In der Stadt Zürich kommt die Volksinitiative «JA zum fairen Parkplatz-Kompromiss» zur Abstimmung. Diese Vorlage ist ebenfalls von enormer Wichtigkeit. Hier ist es die letzte Möglichkeit, um den radikalen Parkplatz-Abbau zu verhindern. Verlieren wir diese Abstimmung, sind wir auf der Überholspur zu einer autofreien Stadt Zürich.

### Breites Abstimmungskomitee

Die städtische Volksinitiative ist aus der SVP-Gemeinderatsfraktion heraus entstanden. Gemeinderat Michele Romagnolo, Gemeinderat Stephan Iten und ich haben fast im Alleingang die Unterschriftensammlung erfolgreich zustande gebracht. Beim Aufbereiten der Volksinitiative haben wir bereits an den Abstimmungskampf gedacht und ein breites Initiativkomitee hinter uns versammelt. Deshalb haben wir nun eine schlagkräftige Abstimmungskampagne, die Chancen auf eine JA-Mehrheit hat. Innerhalb von kurzer Zeit sind über

130 Persönlichkeiten dem Abstimmungskomitee beigetreten. Es sind Spitex-Angestellte, Handwerker, Kellnerinnen, Kantonsräte, Gemeinderäte, Alt Stadträte, Vertreter der Kreisschulbehörde, Pflegehelferinnen, Hausärzte, Gastrologen etc. Das JA-Komitee ist aussergewöhnlich breit und gross.

Wir haben es geschafft, eine Kampagne auf die Beine zu stellen, die den linken Auto-Hassern und Parkplatz-Abbauern Kopfschmerzen bereitet. Ob Handwerker, Schichtarbeiter, Velofahrer oder einfach die normale Mittelstandsfamilie – viele Bürger sind in unserer Stadt auf ein funktionierendes Verkehrssystem angewiesen. Sie alle wollen keinen radikalen Parkplatz-Abbau.

### Es braucht Sie!

Nun die Bitte an Sie, liebe Leserin, lieber Leser: Bitte unterstützen Sie unsere JA-Kampagne für den Erhalt der Parkplätze in der Stadt Zürich. Auf unserer Webseite können Sie per TWINT spenden (auch kleine Beträge helfen uns), Sie können dem Komitee beitreten oder ein eigenes Social-Media-Bild erstellen lassen. Seien Sie aktiv, unterstützen Sie uns – herzlichen Dank für Ihren grossartigen Einsatz!

Gehen Sie auf:  
[www.JA-schafft-Fairness.ch](http://www.JA-schafft-Fairness.ch)



Verhindern Sie mit einem JA den radikalen Parkplatz-Abbau! Bild: zVg

SVP WETZIKON

## 1.-Mai-Anlass: Diskutieren und informieren statt randalieren

Warum nicht einmal etwas Neues ausprobieren? Dieser Leitgedanke bewog den Vorstand der SVP Wetzikon dazu, am 1. Mai 2026 für seine Mitglieder und weitere Interessierte einen spannenden Anlass auf die Beine zu stellen.

Als die Teilnehmer um 10.30 Uhr eintrafen, wurden sie mit Kaffee und einem kleinen Apéro in der Halle des FBW-Museums begrüsst. Hans Billeter und Sven Tiemann vom FBW-Club führten uns danach kundig durch das Museum. Sie brachten uns anhand der ausgestellten historischen Nutzfahrzeuge ein faszinierendes Stück Zürcher Oberländer Industriegeschichte näher. Das Museum lud zu längerem Verweilen ein, doch allmählich knurrten die Mägen. Deshalb genossen wir draussen bei prächtigem Wetter die feinen Grillspezialitäten von «Grill on Wheels» bei einem Glas Wein.

### Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Unterwerfungsvertrag

Doch die Politik kam nicht zu kurz: Kantonsrat Daniel Wäfler plädierte in seinem Referat für nachhaltige Lösungen, nicht nur mit Blick auf die bevorstehende eidgenössische Volksabstimmung

vom 14. Juni 2026 über die Nachhaltigkeits-Initiative. Es gelte, die begrenzten Ressourcen unseres Landes zu schützen, um auch in Zukunft eine gute Versorgung «für eusi Lüüt» sicherzustellen.

Nationalrat Martin Hübscher richtete den Blick in die Zukunft, nämlich auf den EU-Unterwerfungsvertrag. Er verwies auf beeindruckende Fakten: Die Schweiz wächst zwölf Mal schneller als Deutschland. Mittlerweile sind 98 Prozent unserer Baulandreserven überbaut. Nur einer von zehn Zuwanderern ist eine gesuchte Fachkraft – die übrigen neun heizen den Fachkräftemangel an. Seit dem EWR-Nein hat sich die Schweiz durchwegs besser als das EU-Ausland entwickelt. Der Unterwerfungsvertrag würde somit zwangsläufig zu einer Nivellierung nach unten führen. Und nicht zuletzt würde mit der integralen Übernahme des EU-Rechts die vielfältige demokratische Kultur der Schweiz mit Volksabstimmungen,

aber auch Vernehmlassungen und Referendumsmöglichkeiten faktisch abgeschafft.

### Fazit: 1. Mai geht auch anders

Anschliessend an die beiden Referate spendierte die Ortspartei allen Anwesenden eine Voland-Cremeschnitte und einen Kaffee. Bei angeregten Gesprächen klang der Anlass aus.

Gehaltvolle politische Informationen, geselliges Beisammensein und vertiefte Einblicke in ein einzigartiges Stück Wetziker Industriegeschichte: Dies alles bot der 1.-Mai-Anlass der SVP Wetzikon zur Genüge. Zugleich ist es uns damit gelungen, eine Alternative zu ideologischen Hetzreden gegen das «böse Kapital» und blinder Zerstörungswut zu bieten, wie sie den 1. Mai andernorts leider auch in diesem Jahr wieder prägten.

Zeno Schärer,  
Vorstand SVP Wetzikon



Begrüssung durch Sektionspräsident Rolf Müri im FBW-Museum.

Bild: zVg

DEBATTE ZUR SVP-INITIATIVE IN DER HANDELSKAMMER

## «Keine 10-Millionen-Schweiz!» mit Bundesrat Beat Jans

Die Zürcher Handelskammer lud zu einer Podiumsdiskussion über die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ein, über die das Stimmvolk am 14. Juni 2026 entscheidet.

Die Initiative der SVP – die «Nachhaltigkeits-Initiative» wird von den Gegnern, zu welchen auch die Zürcher Handelskammer gehört, als «Chaos-Initiative» bezeichnet.

Die Gegner sprechen von einem Bevölkerungsdeckel und behaupten, dieser hätte schwerwiegende Folgen für Wirtschaft, Versorgung und den bilateralen Weg.

Nach der Begrüssung von Raphaël Tschanz, Direktor der Zürcher Handelskammer, erläuterte Bundesrat Beat Jans die Abstimmungsvorlage aus Sicht des Bundesrates. Die Haltung des Bundesrates entspricht in keiner Weise der Ansicht der SVP.

Rahel Walser, politische und strategische Kommunikation, führte durch die Podiumsdiskussion. Die Nationalrätin Regine Sauter, FDP, und Corina Gredig, GLP, vertraten die Nein-Parole. Sie prophezeiten mehr Bürokratie, eine Benachteiligung der KMU, längere Wartezeiten im Gesundheitswesen, Engpässe bei Dienstleistungen sowie steigende Kosten im Alltag.

Unsere beiden SVP-Vertreter, Nationalrat Marcel Dettling und Kantonsrat Domenik Ledergerber, sprachen Klarheit und überzeugten die zahlreich erschienenen Besucher mit schlagkräftigen Argumenten. Wir brauchen eine Begrenzung der Zuwanderung, damit auch unsere Kinder in einer so schönen Schweiz leben dürfen, wie wir sie heute noch haben. Das Asylchaos muss gestoppt, die Sicherheit in unserem Land wiederhergestellt, die Zubetonierung aufgehoben und die Finanzen stabilisiert werden. Immer mehr Zuwanderung gefährdet unser Sozialsystem und das friedliche Zusammenleben in unserem schönen Land.

Beim anschliessenden Apéro nutzen die Teilnehmer die Gelegenheit, persönlich mit Bundesrat Beat Jans und den Podiumsteilnehmern ins Gespräch zu kommen. Befürworter und Gegner der Initiative hielten sich die Waage. Es bleiben noch 23 Tage, um die Unentschlossenen von einem JA zur Nachhaltigkeitsinitiative zu überzeugen.



Die Podiumsteilnehmer v.l.n.r.: SVP-Nationalrat Marcel Dettling, SVP-Kantonsrat Domenik Ledergerber, Podiumsleiterin Rahel Walser, FDP-Nationalrätin Regine Sauter und GLP-Nationalrätin Corina Gredig.

Bild: zVg

ABSTIMMUNG ZIVILDIENTSGESETZ

## Die Landesverteidigung ist Bürgerpflicht

Zwischen den in den Medien und von Mittellinks-Kreisen oft als «unentbehrliche Hilfskräfte» gelobten Zivildienstleistenden und den Soldaten gibt es einen fundamentalen Unterschied: Soldaten müssen letztlich mit ihrem Leben für den Schutz unseres Landes und seiner Bevölkerung einstehen.



**Nina Fehr Düsel**  
Nationalrätin SVP  
Küssnacht

### Sechs Massnahmen

Bundesrat und Parlament wollen nun die Zahl der jährlichen «Abwanderer» mit sechs Massnahmen auf etwa 4000 senken. Das sind zwar immer noch zu viele, aber es ist wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung. So soll insbesondere der Wechsel zum Zivildienst nach absolvierter RS erschwert werden, weil der Armee sonst viele ausgebildete Soldaten verloren gehen. Wer dann in den Zivildienst wechselt, muss mindestens 150 Tage Zivildienst leisten, unabhängig von den noch verbleibenden Militärdiensttagen.

Und die angeblich «unentbehrlichen» Zivis? Nachdem immer mehr Einsatzmöglichkeiten für immer mehr Zivis geschaffen wurden, ist es nun höchste Zeit, ihre Zahl wieder auf ein «armeeverträgliches» Mass zu senken – mit einem JA zum Zivildienstgesetz am 14. Juni 2026.

### Zivildienst für Ausnahmefälle?

Das Gesetz sieht zwar einen zivilen Ersatzdienst vor. Dieser war ursprünglich aber nur für Ausnahmefälle gedacht. Weil die jungen Schweizer heute aber sozusagen die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst haben, ist die Zahl jener, die den angenehmeren Zivildienst wählen, auf jährlich rund 7000 (im Jahr 2025 waren es 7211!) hochgeschwollen. So verliert die Armee vergleichsweise jedes Jahr den Bestand einer Kampfbrigade – und von Wehrgerechtigkeit kann keine Rede mehr sein.



2 x JA: Zum Zivildienstgesetz und zur Nachhaltigkeits-Initiative. Bild: zVg

SVP MARTHALEN

# Offener Schlagabtausch um eine 10-Millionen-Schweiz

In Marthalen kreuzten Befürworter und Gegner der Nachhaltigkeits-Initiative die Klingen. Einig waren sich alle beim Dichtestress bezüglich Wohnen und Infrastruktur.

RoMü. Am 14. Juni wird über die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» der SVP abgestimmt. Die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP wurde am Montag, 11. Mai, in Marthalen an einem Podium kontrovers diskutiert. Auf der Seite der Gegner äusserten sich SP-Kantonsrat Ivo Hasler und die angehende GLP-Kantonsrätin Viviane Kägi gegen das Volksbegehren. Für ein JA setzten sich hingegen die beiden SVP-Vertreter Nationalrat Martin Hübscher und der Trülliker Gemeinderat Sven Kollbrunner ein. Mitten drin als «Dompoteur» sorgte der Kleinandelfinger Gemeinderat Rainer Früh dafür, dass es durch den ganzen Abend einen roten Faden gab.

Die Nachhaltigkeits-Initiative verlangt eine Einschränkung der Zuwanderung, um den Dichtestress in der Schweiz zu bändigen. Einleitend sprach SVP-Bezirksparteipräsident Stefan Stutz davon, dass es schwierig war, Gegner für dieses Podium zu finden, und zeigte sich erfreut, dass dies trotzdem noch gelungen ist und alle vier Teilnehmer ihre Wurzeln im ländlichen Zürich haben. In einer ersten Runde hatten alle Gelegenheit, sich grundsätzlich zum Volksbegehren zu äussern. Viviane Kägi räumte ein, dass die Schweiz wächst und es beim Wohnen sowie der Infrastruktur eng wird. Eine auf zehn Millionen beschränkte Schweiz löst für sie aber keines der Probleme.

Sven Kollbrunner sprach von einer Grundsatzfrage, weil man damit Antworten auf eine überlastete Infrastruktur oder Wohnungsnot findet. Er verwies auf die umliegenden Länder, welche kein oder ein moderates Wachstum aufweisen. Zugleich wird mit einer übermässigen Zuwanderung auch Kriminalität importiert. Bezüglich der aktuellen Situation sprach er von einer Endlos-Spirale, welche keines der Probleme lösen kann, weil es immer Fachkräfte braucht.

Für Ivo Hasler ist die Initiative keine Lösung. Sie spricht aber wichtige Probleme wie beispielsweise die Wohnknappheit an, wo er entsprechenden Handlungsbedarf sieht. «Die Bevölkerung in der Schweiz wächst 16 Mal schneller als die in Deutschland», rief Martin Hübscher in Erinnerung. Entsprechend sprach er von einem grenzenlosen Wachstum, welches sich uneingeschränkt fortsetzt. Zudem wies er die Argumente zurück, dass eine Begrenzung der Zuwanderung die Sozial-



Ivo Hasler, Martin Hübscher, Viviane Kägi und Sven Kollbrunner (v. l. n. r.) sorgten unter der Leitung von Rainer Früh für einen abwechslungsreichen Schlagabtausch für und gegen die Nachhaltigkeits-Initiative. Bild: RoMü

werke in Schieflage bringen oder der Fachkräftemangel zu einem Einbruch der Wirtschaft führen würde. Dabei zeigte sich bereits in der ersten Diskussionsrunde, dass man grundsätzlich einen Dichtestress mit unterschiedlicher Wahrnehmung feststellt, die Rezepte für eine Lösung aber weit auseinanderliegen.

### Fragen aus dem Publikum

Für die zweite Runde öffnete Rainer Früh das Podium für Fragen aus dem Publikum. «Sind die Grenzgänger von möglichen Auswirkungen der Initiative betroffen?», wollte einer der rund 40 Besucher wissen. Hier verwies Hübscher auf die über 400'000 Grenzgänger, die täglich einer Arbeit in der Schweiz nachgehen und nicht betroffen sind. Kurzaufenthalter wie beispielsweise Erntehelfer fallen ebenfalls nicht unter die Initiative. «Wenn zehn kommen, arbeiten nur deren fünf», wurde als weitere Bemerkung in die Runde geworfen. Für Martin Hübscher sind offene Grenzen deshalb ein Widerspruch. Grundsätzlich erinnerte Hübscher daran, dass die Initiative die Zuwanderung nicht komplett verunmöglicht, sondern noch jährlich rund 40'000 Netto-Einwanderungen zulässt, bis die 10-Millionen-Grenze erreicht ist.

Viviane Kägi plädierte dafür, die Verbindungen zur EU und EFTA zu stärken, damit diese Probleme gemeinsam

gelöst werden können. Hasler sieht bei den bürgerlichen Parteien aber keine Zugeständnisse bezüglich einer Verschärfung des Mitrechtes oder der «Lex Koller», um die Schrauben beim Mietrecht mit beispielsweise einem Mietzinsdeckel anzuziehen, damit wieder vermehrt billiger Wohnraum entstehen kann.

Die Befürworter sehen mit der Initiative Möglichkeiten und ein Druckmittel, um damit dringend benötigte Lösungen für die sich aus der Zuwanderung ergebenden Probleme wie Dichtestress, Wohnungsnot oder überlastete Infrastruktur zu erwirken. Für die beiden Gegner steht hingegen mit Blick auf die Zusammenarbeit mit der EU oder auch der Sicherung der Sozialversicherungen und der Behebung des sogenannten Fachkräftemangels zu viel auf dem Spiel.

«Wir sagen mit der Initiative JA für eine massvolle Zukunft, um kein Singapur oder Hongkong zu werden», hielt Hübscher im Schlusswort fest. Er verwies dabei auf die Fruchtfolgeflächen, welche durch die grenzenlose Zuwanderung weiter schrumpfen werden. «Wir müssen verstärkt auf Integration und nicht auf Angst setzen», war die Botschaft von Ivo Hasler. «Die Verankerung der Beschränkung der Zuwanderung ist das richtige Mittel», zeigte sich Sven Kollbrunner überzeugt. «Was für eine Schweiz wollen wir? Wir brauchen Lösungen, welche lange halten», hielt Viviane Kägi abschliessend fest.

SVP STADLERBERG

# SVP Stadlerberg am Frühlingsmarkt – ein voller Erfolg!

Am 9. Mai fand der alljährliche Frühlingsmarkt in Stadel bei herrlichem Wetter und mit zahlreichen Besucherinnen und Besuchern statt. Auch die SVP Stadlerberg war erneut mit einem liebevoll gestalteten Stand vertreten und durfte auf einen rundum gelungenen Anlass zurückblicken.

Die Besucherinnen und Besucher konnten sich über ein vielfältiges Angebot freuen: Von feinen Brownies, Muffins und Erdbeertörtchen bis hin zu Kaffee und Sirup war für Gross und Klein etwas dabei. Besonders beliebt bei den

Kindern waren auch dieses Jahr die bunten Heliumballone sowie das traditionelle Glücksrad, das den ganzen Tag über für strahlende Gesichter sorgte.

Nebst den kulinarischen Angeboten entstanden am Stand der SVP Stadler-

berg viele interessante und spannende Gespräche mit der Bevölkerung. Besonders im Hinblick auf die kommenden Wahlen nutzten zahlreiche Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit zum persönlichen Austausch. Dabei konnten nicht nur aktuelle politische Themen diskutiert, sondern auch neue Interessenten und Unterstützer gewonnen werden.

Ein besonderes Highlight war zudem der Besuch von Nationalrätin Barbara Steinemann, die sich Zeit für Gespräche mit den Marktbesuchern nahm und den Anlass zusätzlich bereicherte.

Alles in allem war der Frühlingsmarkt ein voller Erfolg und zeigte einmal mehr, wie wertvoll der direkte Austausch mit der Bevölkerung ist. Die SVP Stadlerberg bedankt sich herzlich bei allen Besucherinnen und Besuchern für das grosse Interesse und die zahlreichen schönen Begegnungen.



Der SVP-Stand am Stadler Frühlingsmarkt war ein voller Erfolg. Bild: zVg

Bild: zVg

Sabrina Frête, Vorstand SVP Stadlerberg

WEGWEISENDE VOLKSENTSCHEIDE

# Interessenkonflikt

Drei bedeutende Abstimmungen stehen an: Die «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeits-Initiative), die Neutralitätsinitiative sowie der EU-Unterwerfungsvertrag. Gemeinsam ist ihnen: der Interessenkonflikt zwischen der Classe politique und dem gesamten Volk.



Christoph Blocher  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Obwohl 2014 Volk und Stände beschlossen haben, die Zuwanderung wieder eigenständig mit Höchstzahlen, Kontingenten und einem Inländervorrang zu steuern, übergang die Classe politique diesen Verfassungsauftrag aus Angst vor der EU und handelte gegen den Volkswillen.

Auch bei der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» kämpft die sogenannte Elite mit aller Kraft gegen das Interesse des Volkes. Dazu gehören neben den meisten Politikern und Parteien die Verwaltung, die Gewerkschaften, die Wirtschaftsverbände, die Universitäten, die Medien usw. Der Migros-Chef beispielsweise, der eine unbeschränkte Zuwanderung will, hat ein

anderes Interesse als die Frau, die an der Kasse arbeitet. Das Gleiche gilt für die Manager jener Konzerne, die sich gut mit dem Staat und den europäischen Regierungen stellen müssen. Allen voran die Pharma, die höhere Medikamentenpreise will.

Den gleichen Interessenkonflikt finden wir wieder beim Thema Neutralität. Während die Bürger darauf angewiesen sind, dass die Regierenden sie dank der Neutralität nicht in Kriege hineinziehen, verabscheut die Classe politique die Neutralität. Sie möchte diese nach ihrem freien Willen von Fall zu Fall handhaben, was zu Kriegen führt.

Erst recht gibt es einen Interessenkonflikt bei der EU-Anbindung, durch die das Volk als Gesetzgeber entmachtet wird. Mit der Zustimmung haben die Politiker mehr zu sagen und erhalten mehr Geld, mehr Macht und mehr Reisen nach Brüssel. Aber die Bürger können ihre Zukunft nicht mehr selber bestimmen.

Keine 10 Millionen  
Schweiz

## Wurst & Brot

Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»

Die SVP/BGB Meilen lädt Sie herzlich ein und offeriert eine feine Stärkung!

Samstag, 30. Mai 2026  
11.00 – 14.00 Uhr  
Gemeindehausplatz, 8706 Meilen

Kommen Sie vorbei und diskutieren Sie mit unserem Meilemer Nationalrat Thomas Matter und weiteren Mandatsträgern.

Abstimmungen vom 14. Juni 2026

## Teure Mieten und Wohnungsknappheit – was tun?

Einladung zur öffentlichen Informations-Veranstaltung

Thomas Matter Nationalrat SVP  
Filippo Leutenegger Präsident FDP Kt. Zürich  
Benjamin Streit Gemeinderat SVP  
Jürg Krauer Gemeinderat FDP

Moderation: Anita Borer, Kantonsrätin SVP

Alle sind eingeladen!

Do. 28. Mai 2026, 18.30 Uhr  
Zeughausareal Uster, Raum 1  
Berchtoldstrasse 10, Uster  
Im Anschluss: Apéro und Austausch

## Fadegrad



von  
Anita Borer

## Realität? Bitte nicht hinschauen!

Überfüllte Züge. Wohnungsmangel. Immer mehr fremdsprachige Kinder in den Schulen. Mehr Kriminalität. Überlastete Infrastruktur. Die meisten Menschen merken längst: Die Schweiz stösst an ihre Grenzen.

Und trotzdem passiert in der Politik etwas Erstaunliches. Sobald die SVP den Zusammenhang mit der masslosen Zuwanderung anspricht, beginnt das grosse Relativieren. Dann heisst es plötzlich: Die Schweiz habe noch genug Platz. Man müsse einfach dichter bauen. Mehr regulieren. Nur eines darf offenbar nicht gesagt werden: Dass unkontrollierte Zuwanderung negative Folgen hat. Das erinnert mich an die Geschichte «Des Kaisers neue Kleider». Darin behaupten plötzlich alle, der Kaiser trage wunderschöne Kleider – obwohl er in Wahrheit nackt ist. Niemand wagt es, die Wahrheit auszusprechen. Erst ein Kind sagt laut, was eigentlich alle sehen. Genau so läuft heute die Diskussion über die Zuwanderung. Bundesrat Beat Jans erzählte in der Arena alle möglichen Schauermärchen. Die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» würde einen Fachkräftemangel verursachen. Es gäbe dann niemanden mehr, der im Winter die Strassen räume oder unsere Abfälle entsorge. Die Schweiz brauche diese Zuwanderung, um zu funktionieren. Gleichzeitig erleben die Menschen im Alltag das Gegenteil. Wer eine Wohnung sucht, merkt es. Wer täglich pendelt, merkt es. Wer Kinder in der Schule hat, merkt es ebenso. Und trotzdem gilt bei den Gegnern der Initiative die Devise: Realität? Einfach nicht hinschauen. Die völlige Ignoranz gegenüber den Problemen der unkontrollierten Zuwanderung ist ein Hohn. Linke Parteien und Gewerkschaften legen sich mit Wirtschaftslobbyisten ins Bett, weil sie von der Zuwanderung profitieren. Genau hier macht die SVP den Unterschied. Die SVP spricht Probleme an, auch wenn es unbequem ist. Sie sagt offen, was viele Menschen längst spüren: Ein kleines Land wie die Schweiz kann nicht unbegrenzt wachsen, ohne Lebensqualität zu verlieren. Denn die Realität ist simpel. Mehr Menschen brauchen mehr Wohnungen, Infrastruktur und Platz. Das ist einfache Mathematik. Die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» verlangt deshalb etwas sehr Vernünftiges: Zuwanderung ja – aber so, dass unser Land es auch verkraftet. Denn: Probleme verschwinden nicht, nur weil man sie ignoriert. Oder wie im Märchen: Der Kaiser wird nicht angezogen, nur weil alle so tun, als hätte er Kleider an.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Der linksgrüne Ausgabenwahn gedeiht auch in der neuen Legislatur

Im Gemeinderat standen drei linksgrüne Vorstösse im Zeichen von Zwang, Parkfeld-Abbau und teurer Symbolpolitik. Die SVP-Fraktion stellte sich klar dagegen – mit Sachargumenten und gesundem Menschenverstand.



Johann Widmer  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Eine grüne Motion will den Detailhandel pauschal ins Entsorgungsregime von Grossanlässen zwingen. Die Linken argumentieren, dass es ein Problem darstelle, wenn Detailhändler an Veranstaltungen auf öffentlichem Grund in ihren Läden Bier verkaufen, welches dann auf öffentlichem Grund konsumiert werde.

Das leere Gebinde lande dann im Abfall der Veranstalter. Das sei ungerecht und daher sei es im Sinne der «Nachhaltigkeit» notwendig, dass sich die «profitgierigen» Detailhändler pauschal an den Entsorgungskosten beteiligten. Hinter der geforderten «Nachhaltigkeit» versteckt sich ein ideologischer Angriff auf Rechtsstaat und Gewerbefreiheit. Die bestehenden Verordnungen reichen völlig aus, um die Verantwortlichkeiten für die Entsorgung an Veranstaltungen abschliessend zu klären. Eine pauschale Haftung für zufällig im Veranstaltungsperimeter befindliche Detailhändler ist sogar gemäss Bundesgericht unzulässig.

Das geltende Verursacherprinzip schützt das lokale Gewerbe vor Kollektivhaftung und linker Willkür.

In die gleiche Kategorie der linksgrünen Bevormundungspolitik geht das Anliegen der Grünen, unter dem Deckmantel einer «intensiv begrünten Parkanlage» am Walcheplatz einen «Pocket-Park» zu bauen. Ausgedeutet heisst dieses Anliegen nichts anderes als Parkfelder streichen, Logistik für die Anrainer erschweren, Millionen verbauen. Der Platz dient der Erschliessung und dem Warenumsatz für das Gewerbe, für Dienstleister, für das Handwerk, für die Kantonale Verwaltung und An-

wohner. Wer hier Gastronomie- und «Verweil»-Zonen hineinstellt, sabotiert den Alltag.

Sechs grosskronige Platanen beschatten den Platz bereits, Teile sind entsiegelt. Zusätzliche Bäume und Hecken kollidieren mit Beleuchtung, Fahrleitungen, Abwasser-, Fernwärme- und Werkleitungen. Leider kommen solche Anliegen regelmässig in den Rat. Die Denkweise der grünen Politiker ist nur einer ideologischen Sache gewidmet, dem Klimawahn. Dieses Projekt schliesst nahtlos an das Ziel der Stadtregierung an, die ganze Umgebung des Hauptbahnhofes vom motorisierten Individuellen Verkehr zu befreien und in einen Park zu verwandeln.

Der absolute Höhepunkt dieser verfehlten linksgrünen Politik ist ein weiteres Postulat, welches fordert, dass der Farbhof-Platz in Altstetten aufgrund der Forderungen der Hitzeminderung erneut umgebaut wird. Der Farbhof wurde von der linken Stadtregierung im Zuge von Tram 2/Limmattal gerade neu gebaut und dem Verkehr übergeben. Jetzt soll der Platz wieder aufgerissen werden? So etwas kann nur den linken Ratsmitgliedern in den Sinn kommen, die mit Steuergeldern fahrlässig umgehen und ihre Fehler kaschieren wollen.

Ob Zwang für den Detailhandel, «Pocketpark» am Walcheplatz oder Schnellschuss am Farbhof: Die SVP-Fraktion stellt sich gegen ideologische Projekte mit wackliger Rechtsgrundlage, hohen Kosten und Risiken für Sicherheit und Gewerbe, die nur dem Klimawahn geschuldet sind. Wir verlangen einen sorgsam Umgang mit Steuergeldern.



Der Wunschtraum der Grünen ist Albtraum der Steuerzahler.

Bild: zVg, KI-generiert

## AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

## Showdown – SVP-Volksinitiative kommt zur Volksabstimmung

Schon im Jahr 2016 versuchte der Stadtrat Dübendorf einen Betrag im Budget unterzubringen, um den beliebtesten Dübendorfer Parkplatz auf dem Adlerplatz aufzuheben und ihn in einen Park zu verwandeln. Diese 23 Parkplätze sind ungemein begehrt und Autofahrer warten lieber ein paar Minuten, um einen freien Parkplatz zu ergattern, als in die benachbarte Tiefgarage zu fahren.



Orlando Wyss  
Gemeinderat SVP  
Dübendorf

Auch ein paar Jahre später versuchte die GLP diesen Parkplatz mittels eines Postulats in einen Park umzuwandeln. Immer scheiterte dieses Unterfangen an den Fraktionen SVP, FDP und Die Mitte – bis zum Dezember 2023. Da stimmte ausgerechnet der FDP-Präsident für dieses rotgrüne Ansinnen und ermöglichte so einen Kredit über 150000 Franken, um eine Studie für die Aufhebung der Parkplätze und Umwandlung in einen Park zu ermöglichen.

### SVP lancierte Volksinitiative

Doch die SVP war durch die Vorbereitung in der entsprechenden Kommission gewarnt und lancierte eine Volksinitiative, die wir noch an der Budgetsitzung ankündigten. Gemeinderäte aus den Parteien SVP, FDP, Die Mitte, EVP und Aufrecht zusammen mit dem Präsidenten des Gewerbevereins bildeten das Initiativkomitee. Eine Woche nach Sammelbeginn hatten wir schon fast doppelt so viele Unterschriften zusammen wie benötigt. Noch nie war das Sammeln von Unterschriften so einfach wie bei der Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben». Danach kam die Volksinitiative in den Gemeinderat.

### Stadtrat Dübendorf wollte sich nicht geschlagen geben

Eigentlich wäre die Ausgangslage klar: Die Volksinitiative dem Dübendorfer Stimmvolk vorlegen und das Ergebnis als Auftrag akzeptieren. Doch unser

Stadtrat wollte seine Fehleinschätzung so nicht akzeptieren und bastelte einen Gegenvorschlag. Was man ihm aber attestieren muss, ist seine Lernfähigkeit. Da unserem Stadtrat inzwischen klar geworden war, dass die Dübendorfer Bevölkerung diesen Parkplatz erhalten will und auf keinen Park an dieser Stelle gewartet hat, wurde dies in den Gegenvorschlag eingearbeitet. Von den 23 Parkplätzen sollen 16 erhalten bleiben, aber der Platz mit Kosten in Millionenhöhe ökologisch umgebaut werden. Dabei hat es genügend Bäume und Grünfläche an diesem Ort. Die Volksinitiative will aber keinen Parkplatzabbau und keine Steuergeldverschwendung. Der Adlerplatz soll so erhalten bleiben, wie er heute ist und von vielen als zweckmässig angeschaut

wird. Der Gemeinderat beauftragte dann in seiner Mehrheit den Stadtrat mit einer Umsetzungsvorlage mit Gegenvorschlag.

### Kurioses Abstimmungsverhalten bei der Abstimmung zur Umsetzungsvorlage

Nach der Beratung in der zuständigen Kommission kam an der letzten Gemeinderatssitzung die Umsetzungsvorlage zu unserer Volksinitiative mit dem Gegenvorschlag zur Beratung und Abstimmung. Die Ausgangslage war klar: Damit der Gegenvorschlag mit Stichfrage vor das Volk kommen kann, muss auch der Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative zugestimmt werden. Das führte zur kuriosen Situation, dass die Mehrheit des Gemeinderats der Volksinitia-

tive zustimmen musste, obwohl sie sich dagegen aussprach – sonst wäre bei deren Ablehnung nur die Volksinitiative zur Volksabstimmung gelangt. Die Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative und auch der Gegenvorschlag wurden angenommen. Es hat im Dübendorfer Gemeinderat sehr wahrscheinlich noch nie eine solche Abstimmung stattgefunden, bei welcher die tatsächlichen Meinungen und das Abstimmungsergebnis so auseinanderdrifteten. Doch uns soll es recht sein.

Wir sind überzeugt, dass wir die Dübendorfer Stimmbevölkerung von unserem Anliegen überzeugen können. Denn es ist auch das Anliegen von den meisten vernünftigen Stimmbürgern in unserer Stadt. So wird es dann Ende September zum Showdown an der Abstimmungsurne kommen. Da die SVP Dübendorf in Verkehrsfragen immer von unserer Bevölkerung unterstützt wird, sind wir überzeugt, diese Abstimmung zu gewinnen.



Warten auf einen freien Parkplatz auf dem Adlerplatz.

Bild: zVg

## SVP ZÜRICH KREIS 11

## Bericht zur Generalversammlung vom 8. Mai 2026

Die SVP Zürich Kreis 11 hat an ihrer Generalversammlung einen bedeutenden Wechsel an der Parteispitze beschlossen. Der langjährige Kreisparteipräsident Gemeinderat Stephan Iten trat nach vielen Jahren engagierter und erfolgreicher Arbeit zurück. Martin Götzl würdigte im Namen der Kreispartei seinen grossen Einsatz für die Partei, die Quartiere Oerlikon, Affoltern und Seebach mit grossem Applaus und herzlichem Dank.

Im Rahmen der Nachfolgeregelung präsentierte die Findungskommission Gemeinderat Michele Romagnolo als neuen Kreisparteipräsidenten. Die Generalversammlung folgte diesem Vorschlag mit grosser Zustimmung und wählte ihn zum neuen Präsidenten der SVP Zürich Kreis 11.

Michele Romagnolo bedankte sich herzlich für das Vertrauen und die Unterstützung der Mitglieder. Es sei ihm eine grosse Ehre, die Kreispartei künf-

tig führen zu dürfen. Gemeinsam wolle man sich weiterhin mit voller Kraft für die Anliegen der Bevölkerung, für sichere und lebenswerte Quartiere sowie für eine starke politische Zukunft einsetzen. Er betonte, dass er das Amt mit grosser Motivation, Offenheit und Verantwortungsbewusstsein ausüben werde.

Neben den statutarischen Geschäften stand auch ein politisches Referat auf dem Programm. Nationalrätin

Barbara Steinemann hielt ein eindrückliches Referat zur Nachhaltigkeits-Initiative unter dem Motto «Bewahren, was wir lieben». Sie zeigte auf, weshalb die Unterstützung dieser Initiative für die Zukunft unseres Landes von grosser Bedeutung ist und weshalb es eine verantwortungsvolle Politik zum Schutz der Schweiz, ihrer Bevölkerung und ihrer Lebensqualität braucht.

Die Generalversammlung bot zudem Gelegenheit zum Austausch und unterstrich einmal mehr den starken Zusammenhalt innerhalb der Partei. Nach der GV gab es noch einen ausgiebigen Pizza-Plausch.

Die SVP Zürich Kreis 11 ruft die Bevölkerung bereits heute dazu auf, sich aktiv an den kommenden Abstimmungen vom 14. Juni zu beteiligen. Eine starke Demokratie lebt von der Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger.

Jede Stimme zählt – für eine sichere, freie und erfolgreiche Schweiz.



Die Generalversammlung bot Gelegenheit zum Austausch und unterstrich einmal mehr den starken Zusammenhalt innerhalb der Partei.

Bild: zVg

SVP Zürich Kreis 11

## SVP STÄFA

## Die schweizerische Neutralität: Ein Glücksfall der Geschichte

Am 12. Mai lud die SVP Stäfa zum Gespräch mit David Vogelsanger ein. Er ist promovierter Historiker, ehemaliger IKRK-Delegierter, Botschafter und Rechtsoffizier im Armeestab. Bis vor Kurzem präsidierte er auch die SVP des Bezirks Affoltern. Mit der Neutralität hat er sich während seines ganzen Arbeitslebens beschäftigt und ist von ihrem Wert überzeugt. Deshalb gehört er auch zu den Initianten der Neutralitätsinitiative, die noch in diesem Jahr Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt wird.

Unter dem Druck von USA und EU hat die Schweiz vor vier Jahren Sanktionen gegen Russland ergriffen und damit ihre ständige Neutralität relativiert. Die Initiative will dem Bundesrat klare Leitplanken setzen, um solche Sündenfälle in Zukunft zu verunmöglichen.

Für das Gespräch kamen rund 30 SVP-Mitglieder, Gäste und Interessenten im Restaurant Sunshine Hill ob Stäfa zusammen. Das Sali war voll, und auf das Referat folgte eine lebhaft diskussion. Wir fassen die wichtigsten Erkenntnisse zusammen.

## Prägende historische Ereignisse

Die Schweizer Neutralität entstand nicht plötzlich, sondern entwickelte sich über viele Jahrhunderte. Ein Schlüsselereignis war die Schlacht von Marignano bei Mailand von 1515. Dort verloren die Eidgenossen gegen Frankreich und Venedig. Schätzungen sprechen von etwa 10000 gefallenen Schweizern an zwei Tagen. Diese grösste Katastrophe unserer gesamten Geschichte führte dazu, dass die Eidgenossen ihre Grossmachtträume aufgaben und «Stille sitzen» zur Devise machten. Allerdings gingen die verhängnisvollen Solddienste noch über dreihundert Jahre weiter.

Hundert Jahre nach Marignano wurde die Eidgenossenschaft auch vom Dreissigjährigen Krieg (1618–1648) tangiert, am schlimmsten im damals noch «zugewandten Ort» der drei Bünde. Die Lehren aus diesem Krieg waren die endgültige Lösung vom Reich im Westfä-

schen Frieden und der erste Aufbau einer gemeinsamen eidgenössischen Verteidigung (Wiler Defensionale), beide am Ende des europäischen Kriegs. Das ist der Beginn der ständigen und bewaffneten Neutralität mit dem Ziel, den Krieg von unserem Land fernzuhalten.

Trotzdem wurde die Schweiz während der Feldzüge Napoleons nicht nur vom Krieg tangiert, sondern zum ersten und einzigen Mal von einer fremden Macht besetzt. Nach den französischen Kriegen erreichte der grosse Genfer Diplomat Charles Pictet de Rochemont die Anerkennung der ständigen und bewaffneten schweizerischen Neutralität als im Interesse der Länder Europas liegend. Es wird immer wieder kolportiert, die Neutralität sei uns am Wiener Kongress 1815 «aufgezwungen» worden. Das ist kompletter Unsinn! Pictet musste hart um diese Anerkennung kämpfen, und ohne tatkräftige russische Unterstützung hätte er sie kaum erreicht. Das Argument überzog, es sei im Interesse aller, dass die Alpenpässe von einem neutralen Land kontrolliert werden, das mit einer eigenen glaubwürdigen Verteidigung dafür sorgt, dass diese nicht in die Hände potenzieller Gegner fallen.

## Starke Armee ebenso zentral

Diese nun anerkannte Neutralität hat es seit über zweihundert Jahren verhindert, dass unser Land in europäische Kriege hineingezogen wurde, ganz besonders 1870, 1914 und 1939. Es muss-

ten aber immer wieder Kompromisse wirtschaftlicher Art eingegangen werden, um auch im Krieg die Landesversorgung sicherzustellen, ganz besonders 1941–1944, als das Land von Nazideutschland und dem faschistischen Italien umzingelt war. Die Neutralität, und das wurde von Votanten in der Diskussion besonders betont, war aber auch die Grundlage für die humanitäre Tätigkeit und die Guten Dienste zugunsten von Dutzenden von Ländern, die keine diplomatischen Beziehungen mehr unterhielten. Hunderttausende von Soldaten kriegsführender Länder wurden 1871 und während beider Weltkriege in der Schweiz interniert, Flüchtlinge aufgenommen, auch sehr viele Juden, andere leider zurückgewiesen, sofort nach Kriegsende Hilfsaktionen für die notleidende Bevölkerung in den besiegten Ländern Deutschland, Italien und Österreich lanciert. Parallel dazu dauert bis heute die Tätigkeit auf der ganzen Welt des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, einer schweizerischen Organisation auf der Grundlage der Neutralität.

Die schweizerische Neutralität war immer eine ständige, denn sie gilt in allen Konflikten. Auch die USA waren 1914–1917 und 1939–1941 neutral, aber das war eine Neutralität, die jederzeit aufgehoben werden konnte. Und die schweizerische Neutralität ist nur glaubwürdig, wenn sie mit einer starken und modernen Armee kombiniert ist. Belgien war 1914 neutral, wurde aber von Deutschland sofort überrannt, weil es sich nicht verteidigen konnte.

Unsere Neutralität war nie völlig starr, folgte aber immer klaren Richtlinien und dem internationalen Recht. Dadurch diente sie sowohl der Sicherheit der Schweiz als auch der Stabilität in Europa. Mit der Neutralitätsinitiative wollen wir in der Verfassung klare Leitplanken setzen: Die Schweiz ist immerwährend und bewaffnet neutral.

Rahel Wagner,  
Vorstand SVP Stäfa



David Vogelsanger fesselte die Gäste mit seinen Ausführungen zur Neutralität.

Bild: zVg

## SVP WEININGEN

## Schmiede das Eisen, solange es heiss ist

Am frühen Morgen des 8. Mai 2026 starteten wir um 7.30 Uhr Richtung Gossau SG zu einem ganz besonderen Erlebnis: der Herstellung einer Schelle. Dort erwarteten uns spannende Einblicke und ein uriges Ambiente, das uns die traditionelle Kunst des Schellen-Herstellens näherbrachte.

Bei einer etwa 1,5-stündigen Führung lernten wir die fünf wesentlichen Herstellungsschritte einer Schelle kennen – von der Holzkohleherstellung über den Schmiedeprozess mit Zuschmied bis hin zum Stimmen der Schelle. Dieser faszinierende Einblick zeigte, wie viel Handwerk und Leidenschaft in jedem einzelnen Stück stecken.

Zur Stärkung gab es einen feinen Apéro, begleitet vom Erlernen des Zäuerlens und Talerschwingens – typisch und authentisch. Das Mittagessen genossen wir gemächlich auf der Hulftegg mit leckeren Köstlichkeiten und einem süßen Dessert zum Abschluss. Dabei kam die Geselligkeit nicht zu kurz und sorgte für eine fröhliche Stimmung unter allen Teilnehmenden.

Nach dem gelungenen Tag machten wir uns über das malerische Tösstal auf

zurück in unsere Heimat nach Weiningen. Ein schöner, interessanter und uriger Ausflug, der noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Roman Fleisch,  
Präsident SVP Weiningen



Ein spannender Morgen rund um die Schellenschmiede.

Bild: zVg

## SVP VOLKETSCHWIL

## Info-Anlass zur Nachhaltigkeits-Initiative

Am Freitag, 8. Mai 2026, fand in Volketswil ein Informationsanlass zur Nachhaltigkeits-Initiative statt.

Wir hatten die Ehre, Nationalrat und Präsident des Bauernverbandes Martin Haab als Referenten begrüssen zu dürfen. Mit einer eindrucksvollen Präsentation wurden uns die wichtigsten Punkte der Initiative nähergebracht.

Für alle, denen die Schweiz am Herzen liegt, gibt es nur eine Option: ein JA. Ich wage zu behaupten, dass die Nachhaltigkeits-Initiative eine der bedeutendsten Abstimmungen in der Geschichte unseres Landes ist.

Einwanderung ist wie Wasser (vgl. Aussage Ständerat Marco Chiesa): Es gibt Wasser, das nützlich und notwendig ist. Und es gibt Wasser, das wie eine Flutwelle kommt und alles zerstört.

Schützen wir unsere Heimat, schützen wir, was wir lieben!

Maria Rita Marty,  
Alt Kantonsrätin SVP und Vizepräsidentin  
SVP Volketswil



Nationalrat Martin Haab zusammen mit Sektionspräsident Dejan Malcic.

Bild: zVg

## LESERBRIEF

## Massvoll statt masslos – Damit die Schweiz unsere Heimat bleibt!

Haben Sie auch das Gefühl, dass es in der Schweiz immer enger wird? Ob im Stau am Morgen, in den überfüllten Zügen oder bei der verzweifelten Suche nach einer bezahlbaren Wohnung: Wir spüren jeden Tag, dass unser Land an seine Grenzen stösst.

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 ist die Bevölkerung um über 2,2 Millionen Menschen gewachsen. Das ist, als ob wir in nur 24 Jahren zwei neue Städte von der Grösse Zürichs und Genfs gebaut hätten – jedes Jahr kommen rund 100000 Personen dazu.

Das hat seinen Preis – für uns alle: – Wohnungsnot & Mieten: Wohnraum wird knapp und für Normalverdiener unbezahlbar.

– Infrastruktur am Limit: Unsere Schulen sind voll, Energie- und Wasserbedarf steigt, Stau auf nahezu allen Strassen, soziale Infrastruktur ist über-

lastet, Abfallberge wachsen und Grünflächen verschwinden.

– Sicherheit & Kosten: Die Kriminalität nimmt zu, Sozialausgaben steigen ins Unermessliche und belasten uns Steuerzahler immer stärker.

– Verlust der Identität: Unsere Traditionen und Werte drohen in einer masslosen Zuwanderung unterzugehen.

Wir tragen Verantwortung für unsere Kinder und Enkel. Wir wollen ihnen eine Schweiz hinterlassen, die funktioniert – mit intakter Natur, sicheren Strassen und einer stabilen Gesellschaft. Es ist Zeit, die Notbremse zu ziehen. Wir müssen die Zuwanderung wieder selbst steuern, statt sie passiv geschehen zu lassen. Bewahren wir, was wir lieben!

Am 14. Juni ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative. Für eine Schweiz mit Zukunft.

Heidi Jucker, Adliswil

**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sümpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**Jobs**  
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

**SVP-STÄMME**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsi, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

**Bezirk Hinwil/Dürnten**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bubikerstrasse 43A, Dürnten.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Montag, 22. Juni 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Franz Grüter.

**Bezirk Andelfingen/Marthalen**  
Samstag, 13. Juni 2026, 18.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Firma Stutz Baggerunternehmung, Bärchistrasse 6, Marthalen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Festwirtschaft. Anschliessend Live-Übertragung Fussball-WM-Spiel Katar – Schweiz.

**Bezirk Bülach/Hüntwangen**  
Donnerstag, 4. Juni 2026, 19.30 Uhr, Informationsveranstaltung zum EU-Unterwerfungsvertrag, Goldbachschür, Dorfstrasse 59, Hüntwangen, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro bis 21.00 Uhr.

**Bezirk Bülach/Rafz**  
Samstag, 23. Mai 2026, 09.00 Uhr, Standaktion zur Nachhaltigkeitsinitiative, Volg Rafz, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

**Bezirk Hinwil/Rüti**  
Dienstag, 26. Mai 2026, 19.30 Uhr (Apéro ab 18.15 Uhr), Abstimmungsarena, Löwensaal, Dorfstrasse 22, Rüti, mit Nationalrat Thomas Matter und Kantonsrat Christoph Marty.

**Bezirk Hinwil/Wetzikon**  
Freitag, 29. Mai 2026, 16.00 Uhr, Standaktion, vor dem Oberland Märt, Wetzikon, mit den Kantonsräten Paul von Euw und Daniel Wäfler.

**Bezirk Meilen**  
Donnerstag, 11. Juni 2026, 18.00 Uhr, Grillabend, Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit Nationalrat Martin Hübscher. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svpbezirkmeilen.ch.

**Bezirk Meilen/Küsnacht**  
Dienstag, 26. Mai 2026, 19.00 Uhr, Sessionsrückblick, Schützenstube, Hesligenstrasse 115, Küsnacht, mit den Nationalräten Nina Fehr Düsel und Mauro Tuena.

**Bezirk Meilen/Meilen**  
Samstag, 30. Mai 2026, 11.00 – 14.00 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeitsinitiative, Gemeindehausplatz, Meilen, mit Nationalrat Thomas Matter. Wurst und Brot offeriert.

**Bezirk Meilen/Uetikon am See**  
Samstag, 30. Mai 2026, 10.00 – 16.30 Uhr, SVP-Stand am Frühlingmarkt, Haus Wäckerling, Tramstrasse 55, Uetikon am See.

**Bezirk Pfäffikon/Bauma**  
Mittwoch, 27. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeitsinitiative, Gasthof Tanne, Dorfstrasse 16, Bauma, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz, und Kantonsrat Paul von Euw.

**Bezirk Uster/Uster**  
Donnerstag, 28. Mai 2026, 18.30 Uhr, Info-Veranstaltung zu den Juni-Abstimmungen, Zeughausareal Uster, Raum 1, Berchtoldstrasse 10, Uster, mit Nationalrat Thomas Matter und Gemeinderätin Benjamin Streit. Moderation: Kantonsrätin Anita Borer.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
**Der Zürcher Bote** ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Jahresabonnement Print + Online:** Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

**Interne Autoren:** SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatennahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**SO STIMMEN SIE RICHTIG!**

**Volksabstimmung vom 14. Juni 2026**

Eidgenössische Vorlagen	
1. Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»	JA
2. Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)	JA
Kantonale Vorlagen	
1. Änderung vom 15. September 2025 der Verfassung des Kantons Zürich (Vertretung von Kantonsratsmitgliedern)	NEIN
2. Kantonale Volksinitiative «Wohneigentum wieder ermöglichen (Wohneigentums-Initiative)»	JA
3. A. Kantonale Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen («Wohnungsinitiative») B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 17. November 2025	JA
C. Stichfrage	Gegenvorschlag
4. A. Kantonale Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen (Wohnschutz-Initiative)» B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 17. November 2025	JA
C. Stichfrage	Gegenvorschlag
5. Kantonale Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien»	JA

**Bezirk Uster/Wangen-Brüttisellen**  
Mittwoch, 27. Mai 2026, 19.00 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Gsellhof, Schüracherstrasse 10, Brüttisellen, mit Kantonsrat Daniel Wäfler.

**Bezirk Winterthur/Seuzach**  
Samstag, 6. Juni 2026, 13.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Mehlhüsi, Stationsstrasse 2, Seuzach, mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Alt Bundesrat Ueli Maurer. Wurst und Getränke offeriert.

**Stadt Zürich/Kreis 4 und 5**  
Samstag, 23. Mai 2026, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Limmatplatz, Zürich.

Samstag, 30. Mai 2026, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Limmatplatz, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Samstag, 23. Mai 2026, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 6. Juni 2026, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Haltestelle Rigiblick, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 7 und 8**  
Samstag, 30. Mai 2026, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

Samstag, 6. Juni 2026, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Einkaufszentrum, Witikonstrasse 279, Zürich-Witikon.

**Stadt Zürich/Kreis 9**  
Samstag, 23. Mai 2026, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, beim A-Park, Zürich-Albisrieden.

Samstag, 30. Mai 2026, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

**Stadt Zürich/Kreis 10**  
Samstag, 6. Juni 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Samstag, 23. Mai 2026, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 29. Mai 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit David Karrer, Flughafen Zürich AG.

Samstag, 30. Mai 2026, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 6. Juni 2026, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 13. Juni 2026, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Samstag, 23. Mai 2026, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamedingerplatz, Zürich-Schwamendingen.

Samstag, 30. Mai 2026, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamedingerplatz, Zürich-Schwamendingen.

SPECIAL GUEST: NATIONALRAT GREGOR RUTZ

**NO WOKE SMOKE**

KLARTEXT. GENUSS. KANTE.

Schluss mit der Bevormundung – Zeit für echten Tabak und klare Worte. Wir laden dich ein zu einem Abend, an dem die Meinung noch so frei ist wie der Rauch unserer Puros.

**11. JUNI 2026 AB 18 UHR**

**EINTRITT: 90 CHF INKLUSIVE:** Heisses vom Grill & kühles Bier à discrétion (ohne Zigarren). Zigarren können direkt vor Ort im Humidor bezogen werden.

**DON ALEJANDRO'S** INDUSTRIESTRASSE 12 8305 DIETLIKON

**ANMELDUNG BIS 3. JUNI** **JETZT ANMELDEN:** https://tally.so/r/LZ5yMO

ECHTER GESCHMACK. ECHE FREIHEIT. ECHE GESPRÄCHE.